Rhedder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Amtsblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisteramtern und Amtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 222 | Montag, den 12. August 1929 | Jahrgang 1929

Eine Woche im Haag.

Eine Woche im Haag ist vorüber. Der Verlauf der Beratungen hat gezeigt, daß diejenigen mit ihrer Auffassung recht behielten, welche von vornherein auch vor dem geringsten Optimismus warnten. Die Gegensätze zwischen einzelnen Delegationen sind zu hart ausgeprägt, als daß sie leicht ausgeglichen werden könnten. Interessant ist es immerhin, daß der Hauptstreit gerade zwischen alliierten Mächten selbst entbrannte, nämlich zwischen Frankreich und England. Hier kann man wieder mit aller Deutlichkeit sehen, daß, wenn es sich um Geld dreht, alle Freundschaft nichts mehr nutzt.

Es ist klar, daß wir in Deutschland diesem Streit nicht gleichgültig zusehen können. Denn der Snowdensche Vorstoß will ja in erster Linie Veränderungen der deutschen Zahlungsleistungen, wie auch der deutschen Sachlieferungen bewirken. Deshalb hat unsere Delegation die undankbare Aufgabe, wenigstens soweit in diesem Mächtekampf einzugreifen, damit dessen Ausgang nicht noch größere Belastungen für uns bringen kann.

Weit wichtiger aber ist für Deutschland und die deutsche Delegation die Entscheidung über die politischen Fragen. Es sah zu Beginn der Beratungen im Haag noch ganz so aus, als würde es Briand gelingen, diese Fragen in den Hintergrund zu drängen, bis Klarheit geschaffen ist über die finanzielle Seite des Youngplanes. Wir begrüßen es daher ganz besonders, daß Stresemann sofort mit aller Energie auf den Plan trat und alle derartige Versuche von vornherein zurückwies. Der Standhaftigkeit der deutschen Delegation ist es zu verdanken, daß denn auch die gleichzeitige Einsetzung der finanziellen und der politischen Kommission erfolgte und daß deren Beratungen gleichzeitig begannen.

Allerdings waren damit die Schwierigkeiten noch keineswegs aus dem Wege geräumt, im Gegenteil, gerade durch den Vorstoß des englischen Schatzkanzlers wurde sogar die Situation für die politische Kommission noch schwieriger.

Soweit bis jetzt die Sachlage überblickt werden kann, können wir feststellen, daß das Auftreten unserer Delegation in der Räumungsfrage nicht ohne nachhaltigen Eindruck im Haag geblieben ist. Hat doch selbst der englische Außenminister Henderson erklärt, er könne sich nicht vorstellen, was eigentlich irgend eine Kontrollkommission überhaupt für einen Zweck haben solle. Und darin liegt ja allein der Kernpunkt des ganzen Streitkomplexes. Alle Mächte, die im Haag vertreten sind, sind sich darüber klar, daß Deutschland einen Rechtsanspruch auf sofortige Räumung hat. Diese Räumung soll auch durchgeführt werden. Doch nun kommt das große Aber.

Hier setzt der Kampf von Seiten Briands ein. Er hat eine bestimmte Verpflichtung seinem Kabinett gegenüber und der Kammer auch übernommen, die dahin geht, unter allen Umständen im Haag, falls die Räumung beschlossen werden sollte, die Einrichtung einer sogenannten Feststellungs- und Vergleichskommission für das Rheinland durchzusetzen. Briand ist demnach verpflichtet, immer wieder den unglückseligen Kommissionsgedanken zu vertreten, obgleich er selbst von dessen Zwecklosigkeit überzeugt ist, aber seine Kammermehrheit beeinflußt entschieden sein Auftreten im Haag. Unsere deutsche Delegation hat aber gar keine Veranlassung, Herrn Briand die Steigbügel zu halten, dafür zu sorgen, daß er vor der französischen Kammer späterhin bestehen kann.

Das war auch die Veranlassung sowohl für Dr. Stresemann wie ganz besonders für Dr. Wirth, mit bewußter Schärfe alle diese Forderungen auf Einsetzung einer derartigen Kommission zurückzuweisen. Besonders eindrucksvoll waren die Worte des Reichsministers für die besetzten Gebiete, der berichtete, daß er und seine Partei immer für den Frieden eingetreten seien, daß die Majorität des deutschen Volkes die bisher betriebene Außenpolitik unterstütze, daß sich aber bereits jetzt in Deutschland eine starke Bewegung gegen die Annahme des Youngplanes bemerkbar mache, daß also die deutsche Regierung die Schwierigkeiten, welche bei Einsetzung irgend einer Kommission entstehen müßten, nicht überwinden könnte. Denn es gäbe keine Partei, welche dem Youngplan zustimmen würde, wenn nicht die bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete gleichzeitig beschlossen worden wäre.

Wir hoffen zuversichtlich, daß die deutsche Delegation auf diesem Standpunkt verharrt. Sie kann ja ruhig abwarten, was die nunmehr eingesetzte Unterkommission beschließen wird. Aber in der entscheidenden Sitzung hat die deutsche Delegation ihr entschiedenes Nein zu wiederholen und dafür die alte gerechte Forderung aufzustellen: Fort mit der Kontrolle! Wir bedauern nur eines, daß nämlich insofern eine gewisse Schwierigkeit für die deutsche Delegation geschaffen ist, als sich früher in Genf unser Reichskanzler damit einverstanden erklärt hat, daß überhaupt Verhandlungen möglich sein können über die Einsetzung irgendeiner Kontrollkommission, wenigstens bis zum Ablauf der Räumungsfristen, also bis zum Jahre 1935. Auch damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Denn entweder erfolgt die Gesamtliquidation des Krieges auf Grund des Locarnopaktes, auf Grund auch des Kelloggpaktes, dann ist jede Kontrollkommission als neue Rechtsverletzung zu betrachten. Oder aber man setzt irgendeine Feststellungs- und Vergleichskommission ein, dann ist für uns die Annahme des Youngplanes zum mindesten sehr erschwert.

Mit ruhiger Ueberlegung wollen wir abwarten, was die nächsten Tage bringen werden. Bei derartigen Entscheidungen ist nur leidenschaftslose Beurteilung am Platze.

Noch ein Wort zur Saarfrage. Auch hierüber ist bereits im Haag verhandelt worden. Allerdings nichtamtlich, sondern nur in privaten Besprechungen zwischen Stresemann und Briand. Aber auch das können wir doch schon als einen gewissen Erfolg der deutschen Delegation bezeichnen. Die Frage ist wenigstens ins Rollen gebracht, wir wissen, daß bestimmte Vorschläge von Seiten Deutschlands ausgearbeitet wurden, die bei den kommenden Verhandlungen über das Uebergangsregime im Saargebiet, über den Rückkauf der Gruben, und schließlich über die Frage der Bevölkerungsverhältnisse entscheidend sein werden. Den französischen Standpunkt kennen wir noch nicht. Wir nehmen aber an, daß es im Haag gelingt, mit Frankreich eine Einigung darüber zu erzielen, daß bestimmte Abmachungen getroffen werden für eine frühere Rückgabe des Saargebietes und die Wiederherstellung der deutschen Souveränität.

Der 11. August in Berlin.

Am Vorabend.

× **Berlin**, 10. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Feiern aus Anlaß des 10. Jahrestages der Weimarer Verfassung haben bereits Samstag in Berlin mit starker Beteiligung der gesamten Bevölkerung eingesetzt. Nicht nur an den amtlichen Gebäuden, sondern auch an zahlreichen Privatgebäuden wehten die Flaggen des Reiches und Preußens. Die Schulen sammelten sich schon morgens gegen 9 Uhr an den zahlreichen Feierplätzen der einzelnen Stadtbezirke. Im Gegensatz zu den in der Rechtspresse wiederholt in den letzten Tagen geäußerten „Befürchtungen" verliefen die Feiern restlos eindrucksvoll und fast ohne jegliche Störung. Den ganzen Tag über kamen auf den Bahnhöfen ununterbrochen die Züge der auswärtigen Republikaner an, die von der Bevölkerung der Reichshauptstadt begrüßt wurden. Um 15 Uhr traf auf dem Potsdamer Fernbahnhof der Bundesvorstand des Reichsbanners mit dem Bundesbanner aus Magdeburg ein. Eine starke Abteilung des Berliner Reichsbanners hatte mit einem Musikkorps vor dem Bahnhof Aufstellung genommen. Zu gleicher Zeit marschierten die österreichischen und deutschen Eisenbahner in der Hasenheide auf, wo um 16 Uhr eine imposante Kundgebung stattfand, bei der Vertreter aller Eisenbahnorganisationen sprachen. Die große Verfassungsfeier des Reichsbanners fand am Abend in der Kroll-Oper statt. Im Anschluß daran konzertierten die vereinigten Kapellen des Oesterreichischen Schutzbundes vor dem Reichstag. Um 21 Uhr begann der große Zapfenstreich auf dem Platz der Republik, bei dem etwa 3000 Spielleute des Reichsbanners mitwirkten.

Während die Anteilnahme der Berliner Bevölkerung an den Verfassungsfeiern eine überaus starke war, bemühte sich die deutschnationale Presse Arm in Arm mit der kommunistischen „Roten Fahne" diese Volksfeiern ins Lächerliche zu ziehen. So sprach beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung" in ihrem Leitartikel vom „Sommertheater". Anscheinend hat man im deutschnationalen Lager vergessen, daß im vergangenen Jahre die Verfassungsfeier des Reiches unter Beteiligung der deutschnationalen Minister stattgefunden hat. Daß die Hugenbergpresse in dem Chor der Haßgesänge gegen die Verfassungsfeiern nicht fehlt, ist selbstverständlich. Sie wird nur noch übertroffen von der „Roten Fahne", die seit Tagen sich bemühte, mehr oder weniger versteckte Parolen zur Störung der Verfassungsfeiern auszugeben. Die ersten Früchte dieser skrupellosen kommunistischen Hetze hatten sich ja am Freitag abend gezeigt, als es am Schlesischen Bahnhof zu Zusammenstößen zwischen Schutzpolizei und kommunistischem Rowdietum kam, wobei zwei Beamte der Schutzpolizei durch Schüsse verwundet wurden und einer der Demonstranten tot auf dem Platze blieb. Daß die Leitung der Polizei angesichts der kommunistischen Drohungen höchste Alarmbereitschaft angeordnet hatte, ist selbstverständlich. Die für Sonntag geplanten kommunistischen Demonstrationen an zahlreichen Stellen der Stadt wurden verboten mit der Begründung, daß die Plätze im Interesse eines reibungslosen Verlaufs der Verfassungsfeier freigehalten werden müßten. Den kommunistischen Drahtziehern kam es aber offenbar darauf an, „Märtyrer" zu schaffen. Die kommunistische Parteileitung hatte für Samstag abend zahlreiche Versammlungen einberufen, u. a. am Küstriner Platz, unweit der Stelle der gestrigen Zwischenfälle.

*

Zusammenstöße.

)) **Berlin**, 11. August. Die Straßenkundgebungen der Kommunisten, die diese infolge des Verbotes des Polizeipräsidenten vom Sonntag auf Sonnabend verlegt hatten, sind bis Mitternacht ohne größere Zwischenfälle verlaufen. Auf elf verschiedenen Plätzen Groß-Berlins demonstrierten die Kommunisten gegen den „neuen Arbeitermord, den Polizeiterror und den Provokationsplan vom 11. August." An einigen Stellen ist es zu Reibereien und Zusammenstößen gekommen, wobei insgesamt 56 Personen zwangsgestellt werden mußten, die sämtlich der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt wurden. Die Sistierten werden sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu verantworten haben.

*

Der Reichspräsident beim Festgottesdienst.

:: **Berlin**, 11. August. Reichspräsident v. Hindenburg nahm in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner und des Berliner Stadtkommandanten, Generalmajor Freiherr v. Schleinitz, an dem Gottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche teil, der aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Verfassungstages von einer besonderen Feierlichkeit erfüllt war. Unter den zahlreichen geladenen Persönlichkeiten sah man auch die Staatsminister Dr. Becker und Höpker-Aschoff, sowie den Staatssekretär Dr. Abegg. Der Reichspräsident wurde durch den Generalsuperintendenten D. Karow, sowie den Kirchenvorstand empfangen. Generalsuperintendent D. Karow sprach über den Text des Jesaias Kap. 5, Vers 4. Der Reichspräsident wurde bei der An- und Abfahrt von dem zahlreichen Publikum auf das herzlichste begrüßt.

*

Die Verfassungsfeier der Reichsregierung.

:: **Berlin**, 11. August. Der frohe Glanz eines leuchtenden Sommersonntags lag heute von den frühen Morgenstunden an auf dem Platz der Republik. Lange bevor die Feier im Reichstag ihren Anfang nahm, strömten bereits viele Tausende zum Platz der Republik, sodaß gegen Mittag eine unübersehbare Menschenmenge den riesigen Platz füllte. Pünktlich um 12 Uhr fuhr Reichspräsident v. Hindenburg vor dem Reichstage vor. Zur selben Minute marschierte die 9. Kompagnie des Infanterieregiments 7. aus Breslau im Paradeschritt unter klingendem Spiel an und nahm vor dem Reichstag Aufstellung. Inzwischen hatte sich der große Sitzungssaal des Reichstages bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Saal bot im reichen Schmuck von Blumen und schwarz-rot-goldenen Fahnen ein festliches Bild. Ueber dem Stuhl des Präsidenten war ein riesiger Reichsadler angebracht, flankiert von der Präambel zur Reichsverfassung. Die große Wandelhalle war mit den Fahnen der Länder und des Reiches, die Büsten der Reichspräsidenten Ebert und v. Hindenburg waren mit Grün geschmückt. In der Vorhalle des Hauptportals war die Büste des Schöpfer der Weimarer Verfassung, Dr. Hugo Preuß, aufgestellt.

In der Diplomatenloge hatte sich unter Führung des Nuntius Pacelli das diplomatische Korps eingefunden. Auf der Regierungsestrade sah man die in Berlin anwesenden Reichs- und preußischen Minister, ferner die Staatssekretäre des Reiches und Preußens, eine große Anzahl hoher Reichsbeamter, den Chef der Marineleitung, Admiral Dr. Raeder, und Vertreter der Heeresleitung. Ebenso stark war die Estrade der Ländervertreter besetzt. Wenige Minuten nach 12 Uhr betrat Reichspräsident v. Hindenburg, begleitet von dem Vertreter des erkrankten Reichskanzlers, Reichswehrminister Groener, und dem Reichstagspräsidenten Loebe die Ehrenloge, in der außer den schon genannten Herren auch der preußische Minister Hirtsiefer Platz nahm. Bei seinem Eintritt begrüßten die Anwesenden den Reichspräsidenten ehrfurchtsvoll, indem sie sich von den Sitzen erhoben.

„Nachdem das Berliner Symphonieorchester das „Concerto grosso" in D-moll von Händel zum Vortrag gebracht hatte, betrat

Reichsminister des Innern Severing

die Tribüne und hielt eine Rede, in der er ausführte:

Herr Reichspräsident, liebe Volksgenossen! Es ist nicht das erste Mal, daß die Verfassungsfeier der deutschen Republik in eine Zeit fällt, in der Schicksalsfragen der deutschen Nation, Schicksalsfragen der ganzen Welt zur Entscheidung stehen. So war es 1921, als die interalliierten Regierungen in Paris neue Auflagen dem deutschen Volke formulierten; so war es, als im August 1923 französische Faustpfandpolitik die Hände an die Gurgel des deutschen Wirtschaftslebens legte, und so war es auch 1924, als nach den Verständigungswahlen in England und Frankreich die Grundlage geschaffen schien, eine erste schwerliche europäische Verständigung anzubahnen. So ist es aber auch heute. Und deshalb richten sich heute auch bei dieser Feier

unsere Blicke nach dem Haag,

wo die Vertreter der deutschen Regierung mit den Vertretern der Regierungen Europas und der Welt sich mühen, aus den Friedensanfängen des Jahres 1919 nun den wirklichen Frieden herzustellen, den Krieg endgültig zu liquidieren. Und ich glaube, wir können diesen Tag nicht besser einleiten als dadurch, daß wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den Bemühungen der Staatsmänner der ganzen Welt gelingen möge, dieses Programm der Völkerverständigung auch durchzuführen, damit die Völker Ruhe und Frieden, die Wirtschaft der Welt Stetigkeit bekommt, daß Wohlstand

Eine Warnung Stresemanns.

Gegen das Hugenberg'sche Volksbegehren.

Die „Kölnische Zeitung" widmet ihre Sonntagsausgabe dem 10. Gedenktag der Reichsverfassung. Die Ausgabe enthält neben eigenen Redaktionsäußerungen Beiträge des Reichsministers des Aeußeren Dr. Stresemann, des Historikers Professor Dr. Meinecke und des ehemaligen badischen Staatspräsidenten Willy Hellpach. Reichsminister Dr. Stresemann äußert sich nach einem Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Weimarer Verfassung und nach einer Mahnung zur Einigkeit unter anderem über das Hugenbergsche Volksbegehren. Der Minister schreibt:

„Die Kämpfe um den Staat, der auf dieser Verfassung begründet ist, werden in der nächsten Zeit außerordentlich heftig werden. Diejenigen, die da glauben, daß der Reichsausschuß für ein Volksbegehren gebildet sei zum Kampf gegen die Kriegsschuldlüge oder gegen den Youngschen Plan, kennen die Pläne des Organisators nicht, der hier aufs neue verschiedenartige Organisationen zusammenzufassen versucht. Der Kampf gilt nur zum geringen Teil dem neuen Plan. Er gilt vielmehr der Regierung, die, ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk bewußt, das Zustandekommen eines Planes gefördert hat, der die Lasten Deutschlands vermindert. Es ist ein Kampf um die Macht im Staat und nicht um die Kriegsschuldlüge, die durch eine Volksabstimmung in Deutschland nur geschwächt wird, da bisher niemand an der Einmütigkeit des deutschen Volkes in dieser Frage gezweifelt hat. Es ist ein Kampf gegen das heutige Deutschland mit der bewußten Absicht, eine Zweiteilung des Volkes herbeizuführen und für diejenige Gruppe, die im schärfsten Kampf gegen den Staat steht, auch die Regierungsgewalt zu erringen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß dieser Kampf um die Existenz des Staates selbst geht. Wenn man auf das Zweiparteiensystem in England hinweist, so vergißt man, daß hier die Ablösung einer Partei durch die andere durchaus nicht eine vollkommene Aenderung des Systems bedeutet, sondern oft nur ein Wechsel in der Ausführung ähnlicher Gedanken ist, weil in England die Staatsidee viel stärker ist als das Parteiinteresse. Was durch den Reichsausschuß angekündigt wird, ist nach zehn Jahren des Bestehens des neuen Deutschlands der Kampf gegen die Arbeit seiner bisherigen Regierungen. Man versucht dem deutschen Volk einzureden, daß wir auf dem Gebiet der inneren und äußeren Konsolidierung in diesen zehn Jahren keine Fortschritte gemacht hätten. In der Frankfurter Paulskirche ist einmal im Jahre 1848 das Wort gesprochen worden: „Die Behaglichkeit, mit der jetzt manchmal Buben am Geschick des Vaterlandes verzweifeln, gehört zu den widrigsten Erscheinungen der Gegenwart". Das gilt nicht nur für das Jahr 1848; es gilt auch für die Gegenwart."

Dr. Stresemann schließt: „Daß nicht nur die Gegenwart, sondern auch der Zukunftsweg mit Dornen besät ist, unterliegt keinem Zweifel. Daß wir uns klar werden müssen über die Grenzen unserer wirtschaftlichen Stärke, von der auch das Maß der sozialpolitischen Fürsorge abhängt, ist ein dringendes Gebot der Gegenwart. Wir dürfen nicht auseinanderfallen in Klassen oder Interessentengruppen, sondern wir müssen zusammenhalten. Aber gerade dieser notwendige Zusammenhalt wird gefährdet durch Bewegungen, die nur aufs neue Zerrissenheit ins Volk tragen."

*

Die Bayrische Volkspartei gegen das Volksbegehren.

München, 10. Aug. Eine scharfe Absage muß Herr Hugenberg bei der Vorbereitung seines Volksbegehrens von der Bayrischen Volkspartei einstecken. Deren Korrespondenz macht ihm nicht weniger als den „schweren Vorwurf" der „parteipolitischen Demagogie", und sie durchschaut seinen Reichsausschuß als Mittel, seiner Oppositionspolitik um jeden Preis neuen Auftrieb zu verleihen.

Es sei angesichts der nunmehr begonnenen Verhandlungen im Haag falsch und bedenklich, in diesem Stadium einen innerpolitischen Streit über die Frage der Annahme oder Nichtannahme des Young-Planes zu führen. Ironisch ruft die Korrespondenz dem deutschnationalen Diktator zu: „Mögen Herr Hugenberg und seine Freunde im Interesse ihrer Parteiregie für gut halten, was sie wollen, sie werden ja sehen, wie weit sie mit ihrer Volksbegehrens-Aktion kommen." Und mit Erbitterung verwahrt sich die Bayrische Volkspartei im Namen der Deutschen, die zu dem Politiker Hugenberg keinerlei Vertrauen hätten, dagegen, daß die Propaganda für eine deutschnationale Aktion unter der Parole: „Hie national, hie unnational" geführt werde. „Diese Malträtierung des nationalen Begriffes ist ein Zeichen der innerpolitischen Verwahrlosung, unter der das deutsche Volk so schwer leidet. Leute, die die Nation retten wollen, sollten mit der nationalen Erziehung zunächst einmal bei sich selbst anfangen."

und Glück allen Völkern erblühen mögen. Dieser Tag ist

ein Tag der Freude,

die notwendig ist, wenn wir den schweren Weg mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zurücklegen wollen, denn die Freude ist es, die die Seelen adelt. Ein Tag der Freude soll nicht geschmälert werden durch Schlacken der Kleinlichkeit und des Alltags. Deswegen werden Sie von mir nicht erwarten, daß ich in einer Betrachtung dessen, was geschaffen ist, die alte Zeit, die Vergangenheit, schmähe. Wer das tut,

wer das Gute der Vergangenheit nicht ehrt, ist einer besseren Zukunft nicht wert.

Es ist auch an sich unrichtig, daß das neue Deutschland etwa die Verbindung mit der Vergangenheit ablehnen könne. Auch in der Vergangenheit, auch unter der alten Staatsform, haben wir Großes erlebt, und die Demokratie von Weimar ist nicht erst in Weimar entsprungen, sondern langsam herangereift, schon in der Vergangenheit unter der alten Staatsform. Das Werk des Freiherrn vom Stein, die Kämpfe der 48ziger, die Geschichte der Paulskirche, das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht, die Selbsterziehung der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Körperschaften, alles das sind Meilensteine auf dem Wege zur Demokratie. Man konzediert der Republik und dem neuen Deutschland höchstens, daß die Demokratie von Weimar das Land vor dem Zerfall, vor dem Bolschewismus gerettet habe. Wäre das auch nur das einzige Verdienst, es möge schwer genug. Aber die Republik, die Verfassung von Weimar hat Größeres geleistet: Sie hat

die Reichseinheit erhalten,

und was mir als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft zu betonen besonders am Herzen liegt, die Demokratie von Weimar hat die Arbeiterschaft zum Staat geführt, hat der Arbeiterschaft das Gefühl beigebracht, daß dieser neue Staat ihr Staat sei. Die Freude am neuen Staat hat sich gleich zu Beginn in der Abwehr feindlicher Angriffe auf Deutschlands Grenzen und Deutschlands Boden, auf Deutschlands Unabhängigkeit gezeigt. Als

die Kämpfe in der Nordmark

zu bestehen waren, haben trotz aller Lockungen von dänischer Seite alle Schichten der nordmärkischen Bevölkerung mit dem Stimmzettel in der Hand diese umstrittenen Landesteile für Deutschland erhalten. Als in Ostpreußen an den Abstimmungstagen die Frage zur Entscheidung stand, ob ostpreußisches Land polnisch werden oder deutsch bleiben sollte, da haben auch die ostpreußischen Arbeiter und gerade sie mit dem Stimmzettel in der Hand sich für Deutschland entschieden. Es war ein gut konservativer ostpreußischer Mann, verbunden vielleicht heute noch mit den Gefühlswerten der Vergangenheit, der objektiv genug anerkannt hat, daß auch in diesen Kämpfen Deutschlands ärmste Söhne gezeigt hätten, daß sie in den Stunden der Gefahr auch Deutschland getreueste Söhne seien. Und daß

Oberschlesien deutsch geblieben

ist in den Jahren 1921 und 1922, das verdanken wir neben allen anderen Erwerbsständen nicht zuletzt der Treue der deutschen Arbeiterschaft. Man hat uns die militärische Abrüstung aufgezwungen, eine militärische Abrüstung, die in der Praxis die Ungleichheit und Ungerechtigkeit aufzeigt, zu der man uns im europäischen Konzert immer noch verurteilt. Eine Abrüstung nehmen wir indes freiwillig vor, das ist die des Völkerhasses und des Völkermißtrauens. Weil wir in der Republik, in der Demokratie diese Abrüstung seit dem Tage betrieben haben, an dem wir eingesehen haben, daß

ein neuer Krieg nicht nur unser Land, sondern die ganze Welt verwüsten

würde, deshalb ist es uns gelungen, wenigstens die wenigen Erfolge zu erreichen, die wenigen Erleichterungen zu erlangen, die uns heute zu der Hoffnung berechtigen, daß auch die Verhandlungen im Haag nicht ergebnislos sein werden. Der Redner schloß: Das neue Deutschland wird blühen und gedeihen, wenn es sich der einen Voraussetzung bewußt bleibt, die auch im Deutschlandsliede Hoffmanns v. Fallersleben anklingt, daß es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält. An dieses Deutschland glauben wir, und dieses Deutschland wird von innen heraus und von außen her unüberwindlich sein. Das beweist uns die Betrachtung der letzten zehn Jahre. Das beweist uns der Tag, den wir heute begehen: Ursprünglich eine Verfassungsfeier, die nur dem Gedenken an die Verabschiedung des Verfassungswerkes gewidmet war; heute schon

ein Tag der Republik und der Republikaner,

und lassen Sie mich die Hoffnung an diese Feststellung knüpfen, morgen und in nächster Zukunft ein Tag der deutschen Republik. (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Das Berliner Symphonieorchester spielte hierauf die Ouvertüre „Namensfeier" von Beethoven. In Vertretung des erkrankten Reichskanzlers Hermann Müller nahm dann

Reichswehrminister Groener

das Wort zu Ausführungen, in denen er sagte:

Das deutsche Volk begeht heute zum zehnten Mal die Feier des Tages, an dem die republikanische Verfassung Rechtskraft erlangt hat. Wir gedenken pietätvoll der Vergangenheit, geben uns Rechenschaft über die letzten zehn Jahre und geloben, für die Gestaltung der Zukunft unser Bestes einzusetzen. Hinter uns liegen zehn Jahre schwersten Duldens, zehn Jahre härtester Arbeit. Wenn das deutsche Volk nicht verzweifelte, nicht auf halbem Wege stehen blieb, sondern den Weg des Wiederaufbauens, wenn auch unter größten Entbehrungen, trotz mancher Enttäuschungen weiter wandelte, so ist dies

der beste Beweis für die ihm innewohnende Kraft und seinen Willen der Selbstbehauptung.

Die Freiheit unseres Vaterlandes ist das Ziel unseres heißen Ringens; die Einigkeit des deutschen Volkes ist unser wertvollstes Gut. Deutsche Arbeit, deutscher Fleiß und der Lebenswille des deutschen Volkes gewährleisten uns die Zukunft und geben uns das Recht auf einen gesicherten und geachteten Platz im Leben der Völker. Einigkeit und Recht und Freiheit waren die Zauberworte, die uns über das Schwerste hinweggebracht haben; sie mögen auch die Wegweiser in eine bessere Zukunft sein. In dem schicksalsschweren Ringen um den Lebensraum des deutschen Volkes, um den wir gerade in diesen Wochen kämpfen, schweige der Streit der Meinungen. Dankbarkeit und Pflicht mahnen uns, an dem zehnjährigen Gedenktage der Weimarer Verfassung des ersten Präsidenten der deutschen Republik zu gedenken, dessen lautere Liebe zu seinem Vaterland uns Wegweiser war. Wir beugen uns in Ehrfurcht vor der hehren Gestalt unseres jetzigen Reichspräsidenten, der uns in Deutschlands schwerster Zeit Führer war und dessen Leben und Arbeit auch künftighin unser Symbol ist. Das in der Republik geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!

Reichspräsident v. Hindenburg und die Versammlung erhoben sich und stimmten begeistert in das Hoch ein. Der gemeinsame Gesang der ersten und dritten Strophe des Deutschlandliedes beendete die Feier im Plenarsaale des Reichstages. Nach der Feier begab sich Reichspräsident v. Hindenburg zum Platz der Republik, von den vielen tausenden von Zuschauern mit stürmischen Hochrufen begrüßt. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompagnie ab, während über dem Platz zwei Flugzeuggeschwader kreisten. Nach dem Abschreiten der Front bestieg der Reichspräsident seinen Kraftwagen und fuhr langsam, unter erneuten Hochrufen und Tücher- und Hüteschwenken des Publikums, zum Reichspräsidentenpalais zurück.

★

Die Feier des Reichsbanners.

:: **Berlin,** 10. August. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete heute abend eine große sehr gut besuchte Verfassungsfeier in der mit den Farben schwarz-rot-gold geschmückten Staatsoper am Platz der Republik. Reichsminister Severing führte in seiner Rede u. a. aus: Wir haben letzthin im Haag Worte gehört, daß Deutschland militärisch abgerüstet habe oder ist. Ich sage: ist, aber man hat gesagt, in der moralischen Abrüstung sei Deutschland noch einige Beweise schuldig. Ich kann diesen Vorwurf der Staatsmänner anderer Nationen nicht in vollem Umfange anerkennen. Da es in anderen Staaten auch deutschnationale Zeitungen gibt, so werden Reden, wie die des Stahlhelmführers in englischen, französischen, kurz in ausländischen Zeitungen meist so ausgemünzt, daß man diese Ausführungen als die Willensmeinung des deutschen Volkes darstellt. Aber die Staatsmänner der anderen Länder könnten wissen, daß diese Aeußerungen nicht Willenskundgebungen des deutschen Volkes sind, daß das deutsche Volk durch seine Außenpolitik, durch seine Organisationen und die republikanischen Parteien seinen Willen kundgibt. Das Reichsbanner ist der Friede oder mindestens der Friedenswille, und wenn das jetzt durch unseren Aufmarsch vor der Weltöffentlichkeit zum Ausdruck gebracht wird, dann ist das eine ebenso gute Widerlegung der Auffassung der Staatsmänner der anderen Staaten, als wenn ein Vertreter der Reichsregierung diesen unbegründeten Vorwurf zurückweist. Wir wollen mit unserem Aufmarsch zum Ausdruck bringen, daß das Reichsbanner so lange da ist, die Republik zu schützen, bis die anderen ihre Drohungen einstellen, der Republik den Garaus zu machen.

Dann sprach Staatsminister Dr. Hirtsiefer in Vertretung des verhinderten Reichsministers Dr. Wirth. Er stellte fest, daß ein mühseliger, aber dauernder Aufstieg der Republik in den verflossenen zehn Jahren zu verzeichnen war. Deshalb habe sie die Freiheit und das Recht, diesen Tag zu feiern. Durch das große Werk von Weimar sei verhindert worden, daß Deutschland wieder zerstückelt wurde. Die Entwicklung der Verfassungsfeier gebe Grund zu der Annahme, daß man doch noch einmal zu einem einigen Deutschland kommen werde. Die Republik habe große Fortschritte im Herzen des deutschen Volkes gemacht. Mit dem Wunsch, nicht müßig die Hände in den Schoß zu legen, sondern kraftvoll weiterzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes, schloß Staatsminister Dr. Hirtsiefer seine Ausführungen.

Im Anschluß an die Feier in der Staatsoper fand auf dem Platz der Republik ein großer Zapfenstreich statt, ausgeführt von den vereinigten Spielmännerzügen der Gaue des Reichsbanners unter Leitung des Bundesstabsführers Hädicke-Magdeburg. Hier hielt General a. D. v. Deimling eine Ansprache. Mit dem Empfang der Ehrengäste im Rheingold durch den Bundesvorstand wurde die heutige Veranstaltung beendet.

★

Im Stadion.

:: **Berlin,** 11. August. Im Deutschen Stadion im Grunewald veranstalteten anläßlich des Verfassungstages die Reichsregierung, die preußische Staatsregierung und die Stadt Berlin ein Festspiel, das unter Leitung von Reichskunstwart Dr. Redslob stand. Es wirkte ein Chor von über 10 000 Berliner Schulkindern unter Leitung von Musikdirektor Wiedemann mit, ferner der Männersprechchor des Deutschen Arbeitersängerbundes. Die musikalischen Darbietungen wurden von den vereinigten Kapellen der Schutzpolizei unter ihrem Dirigenten, Polizeiobermeister Hahn, und von einem Fanfarenbläserchor der Staatsoper bestritten. In der Ehrenloge sah man zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsregierung sowie der Stadt Berlin, u. a. Reichsinnenminister Severing, die Minister Dietrich, Hirtsiefer und Schmidt und den Reichswehrminister Groener, den Reichspräsidenten Löbe. Von der Stadt Berlin waren vertreten Oberbürgermeister Boeß und Stadtverordnetenvorsteher Haaß, ferner sah man neben der Witwe des ersten Reichspräsidenten Ebert, Gerhart Hauptmann. Reichsminister von Guérard führte u. a. aus: Der Verfassung sei es zu danken, daß dem deutschen Volke in schwerster Zeit der Sorge die Einheit gewahrt worden sei. Dank Weimar sei das Deutsche Reich wieder ein gewichtiger Faktor der großen Politik geworden. Er wandte sich dann an die Jugend mit der Aufforderung, den deutschen Reichsbau zur Vollendung zu führen. Nach Hissung des Reichsbanners sangen die Versammelten gemeinsam das Deutschlandlied.

Das Festspiel, das unter der Leitung von Reichskunstwart Dr. Redlob stand und von Josef v. Fielitz entworfen worden war, wurde mit dem Erscheinen der 500 Werkleute des Reiches eröffnet, die einzelne goldene Stangen auf den Platz trugen und versuchten dieselben zu einer Einheit zusammenzufügen. Der Männersprechchor de. deutschen Arbeitersängerbundes sprach hierbei eine chorische Sprechmelodie. Unter dem Gesang „Wir wollen eine goldene Brücke bauen" kam von allen Seiten die Jugend in bunten Kleidern in die Arena herbeigeströmt. Das farbige Chaos gliederte sich sodann zu einem Stern aus allen deutschen Landesfarben. Seine Träger eilten den Werkleuten des Reiches zu Hilfe und vollendeten das Werk des symbolischen Brückenbaues. Neue Gruppen der Jugend in Schwarz-rot-gold strömten herein. Aus der Bewegung entwickelte sich hierbei das Bild einer lebendigen Reichsfahne. In rhythmischen Schwingungen unter dem begleitendem Gesang des Kinderchors „Freiheit, die ich meine" durcheilte die lebendige Fahne die Arena und neigte sich in grüßender Bewegung vor der Ehrentribüne. Zum Schluß mahnte der Chor der Werkleute die Jugend an das Gedenken des Tages und des Werkes, worauf die Jugend die Schwurhand erhob und das Bekenntnis zum Reich sprach. Während auf der Mitte des Platzes das Reichsbanner gehißt wurde, umkreiste ein Fliegergeschwader mit wehenden Bannern das Stadion. Der Gesang des Deutschlandliedes schloß die erhebend und eindrucksvoll verlaufene Feier ab.

★

Abendfeier in der Staatsoper.

× **Berlin,** 11. August. In der Staatsoper Unter den Linden fand anläßlich des Verfassungstages eine Abendfeier statt. Das Philharmonische Orchester spielte zunächst unter Leitung von Dr. Furtwängler die Suite Nr. 3 D-dur von Johann Sebastian Bach. Hierauf ergriff der preußische Staatsminister Dr. Höpker-Aschoff das Wort zu einer Ansprache. Zum Schluß spielte das Orchester die Ouvertüre Leonore Nr. 3 von Beethoven.

★

Ruhiger Verlauf.

= **Berlin,** 11. Aug. Der heutige Verfassungstag ist im allgemeinen ruhig verlaufen, obgleich zahlreiche Umzüge des Reichsbanners in allen Stadtteilen und in den Vororten stattfanden und die Straßen außerordentlich starken Publikumsverkehr zeigten. Nur an einigen Stellen ist es zu leichteren Zusammenstößen mit radikalen Elementen gekommen, die die Reichsbannerleute mit Steinen bewarfen und beschimpften. Die Polizei hat aber überall so schnell eingegriffen, daß es zu schweren Tumulten nicht kommen konnte. Bis 10 Uhr abends waren der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums insgesamt 63 Personen zugeführt worden.

Zweites Reichsjugendtreffen der christlichen Gewerkschaftsjugend.

Eine eindrucksvolle Kundgebung.

+ **Köln,** 10. August.

Am 10. und 11. August findet in Köln das Reichsjugendtreffen der christlichen Gewerkschaftsjugend statt. Die Beteiligung ist außerordentlich groß. Es werden einschließlich der Kölner Gewerkschaftsjugend etwa 30 000 Teilnehmer erwartet. Reichsjugendleiter Albert Voß eröffnete am Samstag vormittag die Delegiertentagung im dicht besetzten Kongreßsaal der Kölner Messe mit einem groß angelegten Referat über

„Die Gedankenwelt der christlichen Arbeiterjugend".

Seine wertvollen Ausführungen umrissen den gesamten Ideenkreis der christlichen Gewerkschaftsarbeit und in besonderem die Stellungnahme der christlichen Arbeiterjugend zu ihren Problemen. Er forderte den Einsatz der Jugendlichen für die Zurückführung zu der gottgewollten Ordnung der Gemeinschaft, die in der unfruchtbaren und kraftlosen Problematik und Polemik unserer Tage gefährdet sei. Die Arbeiterjugend stelle sich auf den Boden der Wirklichkeit in der Bejahung der Gewerkschaftsbewegung und ringe für die Durchsetzung ihres Standes innerhalb der Gesellschaft und der gegebenen Wirtschaftsreform. Die christliche Werkjugend wolle handeln aus dem Geiste des Christentums in lebendiger und befreiender Tat. Ueber die Ziele einer Interessenbewegung hinaus, über die nüchterne Selbstbehauptung, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Schutz der Arbeitskraft und all die wirtschaftlichen Dinge hinaus gehe der Kampf der christlichen Gewerkschaften

um den Vorrang des Menschen in der Wirtschaft, um das Wohl aller an der Produktion Beteiligten.

Selbstbewußt und standesstolz solle die gewerkschaftliche Arbeit den von ihr erfaßten Arbeiter machen, den Willen zur Selbsthilfe wecken und ihn aufschließen für die kulturellen Ziele, die über das Materielle hinausgehen und ihn nicht zum entrechteten und entwurzelten Proletarier, sondern zum Menschen unter Menschenbrüdern machen. So werde die gewerkschaftliche Aufgabe zur gemeinschaftsbildenden Kraft, die das bewußte und ehrlich gewollte Zusammenstreben aller Volkskräfte in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung erreichen wolle. Die Not unserer Tage wurzele in der Zersetzung, die alle Handlungen in Teilfunktionen auflöse, die wirtschaftlichen, politischen, die sozialen und die seelischen. Dagegen erstrebe die Gewerkschaft wieder die Anerkennung der Ganzheit des Menschen in seinem Tun und Lassen, eine letzte Verantwortung und einen höheren Sinnzusammenhang der Dinge. Seine weiteren Ausführungen befaßten sich besonders mit den

Gegensätzen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Sozialismus

und seinen zersetzenden Tendenzen. Besonders scharf arbeitete der Redner gerade die anti-religiösen Grundsätze des Marxismus heraus. Seine Worte gipfelten in der Erklärung, daß sich der religiös verwurzelte Mensch in keiner Form mit dem Sozialismus verständigen könne, der seiner materiellen Weltanschauung auch die Religion unterordnen wolle. Die sozialen Werte des Christentums allein seien in der Lage, materialistische Geisteshaltung zu besiegen, die im Gefolge des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich über Gottes Gebot und Menschenwürde hinwegsetze und auch den jungen Arbeitern die körperliche und geistige Entfaltungsmöglichkeit vorenthalte. Um die Ehre des Standes, um seinen Aufstieg und um die Gemeinschaft kämpfe die christliche Gewerkschaft in ihren Jugendgruppen. Der Redner schloß mit dem Ruf: Wenn wir einig und geschlossen zusammenstehen, dann meistern wir unser Schicksal, dann zwingen wir die Welt.

An den Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich

eine rege Diskussion

an, in der besonders von verschiedenen Rednern der Wert der Bildungsarbeit, die Würdigung der kritischen, begeisterten Einstellung der Jugend in ihrem wertvollen Idealismus herausgehoben wurde. Ein bayerischer Vertreter wies noch auf die Weckung der Berufsfreudigkeit, den Wert der Wortschulung der Jugend gegenüber gerade dem in dieser Beziehung vorbildlichen Wirken der sozialistischen Gegner hin. Zusammenfassend dankte Albert Voß den Diskussionsrednern für ihre zahlreichen Anregungen.

Es folgten sodann Referate von Heinrich Körner-Köln und Minna Amann-Berlin über

„Die werktätige Jugend in Wirtschaft und Staat."

Heinrich Körner beschrieb den Weg der gläubigen christentumstreuen Arbeiterschaft, die aus der Erkenntnis heraus, daß auf dem Wege des Klassenkampfs eine bessere wirtschaftliche und soziale Ordnung unmöglich herbeizuführen sei, sich zusammengefunden habe zur christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Manches sei erreicht worden, aber noch viel mehr bleibe zu tun.

Eine Art technischer Weltanschauung

drohe alle seelischen und geistigen Regungen zu überwuchern. Hier liege die Hauptfront des Kampfes der christlich-nationalen Arbeiter. Der Staat, der bejaht werde, bedürfe noch der Ausgestaltung, die Gerechtigkeit für alle Schichten des Volkes verbürge. In der Arbeiterjugend liege ungebrochene Kraft, die im Verein mit echtem Führertum unter Einsatz aller Kräfte und letzter Verantwortungsbereitschaft kämpfen müsse. Welche Kraft und welcher Wert in der Stärke der erwerbstätigen Jugend liege, das beleuchtete der Redner durch Zahlen der Berufszählung pom Jahre 1925, die rund 11 Millionen männliche und weibliche erwerbstätige Jugend von 14—25 Jahren in unserem Vaterlande aufgezeigt habe. Eingehend behandelte dann der Redner die wichtigen Fragen der Allgemeinbildung — Berechtigungswesen oder praktische Ausbildung — der Berufsfortbildung, des Arbeitsschutzes, der Berufsberatung sowie der gesamten staatsbürgerlichen und kulturellen Ertüchtigung. Auch die Eigenverpflichtung und Eigenverantwortung der jetzigen Jugendgeneration hob der Redner scharf heraus.

Die Arbeit sei eine Angelegenheit der Ehre und des Gewissens.

Gewiß solle über Schaffungsdrang und Strebertum die Jugendfreude nicht vergessen werden, aber darüber stehe die Berufsfreudigkeit, stehe die Arbeit für die Gemeinschaft, die in der Gewerkschaft ihren stärksten Ausdruck finde. Die weiteren Ausführungen des Redners beleuchteten noch die Stellungnahme der Jugend und ihre Mitarbeit in den organisatorischen Fragen der Gewerkschaften. Er forderte tatkräftigste Unterstützung der Genossenschaften, der Hebung der Konsumentenmoral, die die Produktion in die richtige Erzeugungsbasis zu zwingen vermöge. So umriß seine Rede das weite Betätigungsfeld der gewerkschaftlichen Aufgaben und die ganze soziale Kampffront um Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, aber auch die Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes.

Die Referentin Minna Amann beschäftigte sich besonders mit der

Not der werktätigen Jugend,

die sie an Hand reichlichen, statistischen Materials und wirtschaftlicher Erwägungen behandelte. Ihre Ausführungen gipfelten in der Forderung: Jugendschutz um des Volkes willen. Besonders stellte sie die demnächst vorliegenden Gesetzentwürfe des Arbeitsschutzgesetzes, des Berufsausbildungsgesetzes und des Berufsschulgesetzes heraus, und erläuterte dazu die wichtigsten Forderungen, die die christliche Gewerkschaftsjugend erheben müsse. Sie schloß mit dem Aufruf, mit Gottvertrauen und freudigem Bekennermut für Recht, Freiheit und Aufstieg des Arbeiterstandes einzutreten.

Anschließend wurde

eine Reihe von Entschließungen

angenommen, zunächst grundlegende Leitsätze über Wollen und Ziele der christlichen Gewerkschaftsjugend, die das Bekenntnis zur lebendigen sozialen Tat voranstellen, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe betonen, das Christentum als Wesensgestaltung der Gemeinschaft dem Klassenkampf gegenüberzustellen, die Wichtigkeit des Kampfes gegen alle sozialistische Zersetzung und den gesamten materialistischen Kapitalismus betonen. Ueberwindung aller gottabgewandten Geisteshaltung, geschlossener Aufstieg zur christlichen Gemeinschaft sei das Ziel, das für die christliche Arbeiterjugend letzter und überragender Sinn ihres Schaffens sind. Weitere Entschließungen wenden sich gegen die Ueberspitzung des Berechtigungswesens und fordern demgegenüber bestmöglichste Ausgestaltung der Berufsfortbildungs- und Fachschulen.

Weiter wurde erhöhter Jugendschutz im Zusammenhang mit baldiger Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes, des Berufsausbildungsgesetzes und Vorlegung eines Berufsschulgesetzes gefordert, sowie die besonderen Notwendigkeiten betont, die sich auf Verbot der Nachtarbeit, Ruhezeit, Freizeiten und Urlaub erstrecken. Schließlich verlangen eine vierte und fünfte Entschließung gründliche Berufsausbildung auch der weiblichen Jugend und Gleichstellung in Ausbildung und Arbeitsbedingungen für alle die Berufe, die Männern und Frauen offenstehen. Einschulung aller berufstätigen Mädchen, auch der jungen Arbeiterinnen und Hausgehilfinnen sei unbedingtes Erfordernis. Die Jugend in der Gewerkschaftsbewegung verlange Heranziehung zu verantwortungsbewußter Tätigkeit im Gewerkschaftsleben, damit sie durch eigene Erfahrung praktisch lernen könne und bestmöglichste Zusammenarbeit der älteren und jüngeren Generation gewährleistet werde.

Die Tagung ward am Nachmittage in Sondertagungen der einzelnen Verbände fortgesetzt. Am Abend schloß sich ein Deutscher Abend im Gürzenich an, der besonders der Begrüßung der Vertreter der abgetrennten Gebiete, Oesterreichs und deutscher Gruppen im Auslande galt. Am Sonntag vormittag fanden Festgottesdienste für die katholischen und evangelischen Teilnehmer statt, dann folgte eine große Kundgebung auf der Festwiese im Rheinpark, die, von musikalischen Darbietungen umrahmt, einen Festvortrag des Landesgeschäftsführers Jakob Kaiser-Köln über die Verantwortung der Jugend für den Aufstieg der Arbeiterschaft brachte. Um 11 Uhr schloß sich ein Festzug an und um 14 Uhr eine gemeinsame Rheinfahrt, die den festlichen Abschluß der Tagung bildete.

Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes.

Der Reichsfinanzminister hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Steuermilderungsgesetzes zur Begutachtung zugeleitet. Danach sollen die Vergünstigungsvorschriften der Paragraphen 8 bis 12 (Gesellschaftssteuer, Grunderwerbssteuer und Wertzuwachssteuer) auf Rechtsvorgänge angewandt werden, für die die Steuerschuld in der Zeit vom 1. September 1925 bis 30. September 1930 entstanden ist; ferner soll die Vergünstigung bezüglich der Körperschaftssteuer bei Erwerbsgesellschaften, deren Steuerabschnitt in der ersten Hälfte des Kalenderjahres endet, letztmals für den Steuerabschnitt 1930-31 und bei Erwerbsgesellschaften, deren Steuerabschnitt in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres endet, letztmals für den Steuerabschnitt 1929-30 oder 1930 gewährt werden. Sollte das Gesetz nicht rechtzeitig verabschiedet werden, so wird wohl, wie in frühern Jahren, der Reichsfinanzminister die Finanzämter anweisen, zu verfahren, als ob das Gesetz bereits verabschiedet sei.

Der amerikanische Senat und die Tarifnovelle.

Washington, 10. Aug. Die Parteiführer des Senats haben beschlossen, die Besprechung der Tarifnovelle auf den 3. September zu verschieben, da die republikanischen Senatoren, die zurzeit eine neue Fassung vornehmen, hiermit bis zum 19. August nicht fertig werden und die Neufassung vor der Weiterleitung an das Plenum erst den demokratischen Mitgliedern des Tarifkomitees vorgelegt werden muß. Die Republikaner haben beschlossen, Rohöl auf der Freiliste zu belassen, um die einheimischen Oelvorräte möglichst zu schonen. Dagegen wurde ein Wertzoll von 20 v. H. auf Tragasol beschlossen, ein chemisches Präparat, das in der Papier- und Textilindustrie benutzt wird.

Kleine politische Nachrichten.

Ministerbesprechung über die Arbeitslosenversicherung.

:: **Berlin,** 10. Aug. Heute vormittag hat zwischen den hieranwesenden Ministern ein Meinungsaustausch über die Frage der Arbeitslosenversicherung stattgefunden.

Verhaftung von sowjetrussischen Angestellten der Ostchinabahn.

:: **London,** 10. Aug. Reuter berichtet aus Tokio: Nachrichten aus Mandschuli zufolge, haben die chinesischen Behörden als Vorbeugungsmaßnahme gegen den drohenden Generalstreik 85 sowjetrussische Angestellte der ostchinesischen Eisenbahn in Chailar und 56 in Bechatu verhaftet.

Von Nah und Fern.

Flugzeugabsturz.

● **Rom,** 10. August. Auf dem Flugplatz Mirafiori stießen bei Uebungsflügen zwei Flugzeuge zusammen und stürzten ab. Die beiden Piloten und ein Beobachter wurden getötet.

Wächter eines Leuchtturms verunglückt.

London, 10. August. Als einige Fischer heute an der Treppe des im Englischen Kanal gelegenen Leuchtturms von Eddystone anlegten, um Lebensmittel und Briefe abzuliefern, wurde einer der Leuchtturmwächter von einer großen Welle erfaßt und fortgerissen. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Unwetter.

)) **Riga,** 10. August. In der Gegend von Dünaburg richteten Unwetter und Hagelschlag schweren Schaden an. In drei Dörfern sind vierzehn Gebäude eingestürzt. In der Stadt Dünaburg stehen mehrere Straßen unter Wasser.

Sturm.

)(**Newyork,** 10. Aug. Wie Associated Preß aus Antofagasta meldet, richtete ein Sturm beträchtlichen Schaden im Hafen an. Der Kunsthafen wurde zerstört. Die Schiffe mußten die offene See aufsuchen.

★

Mascagni kehrt der Oper den Rücken.

In einer italienischen Zeitschrift schreibt Pietro Mascagni über die Bedeutung der Oper für die heutige Zeit. Die Majorität des Volkes, so führt er u. a. aus, interessiere sich nicht mehr für die Oper, weil im Gegensatz zu der geistigen Tendenz der Musik der heutige Mensch in seinen Interessen hauptsächlich auf Sensationen und Aktuelles gerichtet sei. Von seinen 40 Opern, die er in seinem Leben geschaffen habe, wovon die „Cavalleria rusticana" geradezu Weltruhm besitzt, wird die 40. wohl auch seine letzte sein. Nicht, weil seine schöpferische Kraft versage, schaffe er keine weiteren Opern, sondern allein, weil in der heutigen Zeit hierfür keine Notwendigkeit mehr bestehe. In Bezug auf die Errungenschaften der Technik bemerkt er, daß ihn weder Automobil noch Flugzeug interessiere sondern nur das Radio, weil dieses nicht nur dem Reichen, sondern auch dem Armen Gelegenheit gibt, Konzerte und Opern in der Uebertragung mitanzuhören.